Bezugspreis für November durch die Post bezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2.00 Mk. Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus). Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich). Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2448 2449 und 2450. Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670. Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf. Anzeigen: Die mm Höhe 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Vorzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Vorzahlg. 6 Pfg. Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht. Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Montag, den 7. November 1927 76. Jahrgang. Nr. 1144

Die Denkschrift.

Die Veröffentlichung der Denkschrift Parker Gilberts wie der erteilten Antwort wäre nach unserer Auffassung, rein politisch genommen, besser unterblieben. Sie war ja auch nicht ins Auge gefaßt worden. Nachdem aber durch Indiskretion einiges aus der Denkschrift in die Oeffentlichkeit gelangt war und sich daraus Kombinationen und Gerüchte knüpften, die weit schlimmer waren als die in der Denkschrift enthaltene mehr vertrauliche Aussprache, ließ sich ihre Veröffentlichung im beiderseitigen Interesse nicht mehr verhindern. Außerdem ist es von nicht zu unterschätzender Bedeutung und wird auch auf der Gegenseite die nötige Würdigung erfahren, daß das ganze Kabinett, das sich mit der Angelegenheit in mehreren Sitzungen befaßte, hinter der deutschen Antwort steht.

Als einzig erfreuliche Tatsache der Denkschrift ist wohl zu verzeichnen, daß in einer für die deutsche Regierung anerkennenden Weise mehrfache zum Ausdruck kommt, daß diese erfolgreich bemüht gewesen ist, dem Dawesplan gerecht zu werden. Die wiederholten Zusicherungen der Reichsregierung, alles das in ihrer Macht Stehende zu tun, werden durchaus ernst und vollwertig angesehen, und trotzdem ist diese Denkschrift voll von Kritik und zum Teil sehr scharfer Kritik.

Da fragt man sich deutscherseits nun mit Recht, was auf dem Gebiete der Finanzpolitik denn eigentlich geschehen ist, daß eine so scharfe Kritik gerechtfertigt wäre. Die finanzielle Lage Deutschlands ist doch durchaus geordnet. Wie der Reichsfinanzminister im Haushaltsausschuß des Reichstages feststellen konnte, schließt das Jahr 1927 infolge der Besserung der Wirtschaftslage und einer sparsamen Wirtschaft mit einem Ueberschuß ab. Das Jahr 1928 wird bei gleichbleibender Entwicklung, also wenn nicht ein besonderer katastrophaler Konjunkturrückgang eintritt, trotz erhöhter Reparationsverpflichtungen ebenfalls einen ausgeglichenen Reichsetat erhalten.

Und dazu glaubt der Reichsfinanzminister, Senkungen der Zölle auf dem Wege sowohl über die Handelsverträge wie auch der Herabsetzung der autonomen Zollsätze durch Senkung der Reichssteuern in Aussicht stellen zu können. Also durchaus eine Finanzwirtschaft, die alles andere als unvorsichtig genannt werden darf. Und trotzdem dieser Protest des Reparationsagenten!

Immer wieder kommt in dem Memorandum zum Durchbruch, daß Parker Gilbert der Meinung ist, „es sei jetzt nicht der richtige Augenblick, dem Etat neue ständige Ausgaben aufzubürden". Und dabei geht er gegen die Gesetzentwürfe zu Felde, die zum Teil schon, wie der Finanzausgleich, erledigt, zum Teil noch, wie Beamtenbesoldung, Reichsschulgesetz und Liquidationsschädengesetz mitten in der Beratung stecken. Vor allem ist es der Finanzausgleich, mit dem sich die Denkschrift diesmal sehr ausführlich beschäftigt. Parker Gilbert hat offenbar übersehen daß hinter diesem Finanzausgleich nicht nur die Mehrheit des Reichstages, sondern das gesamte Reichskabinett steht. Parker Gilbert will nichts weniger, als daß die Länder an den erheblichen Einkünften der Einkommen- und Körperschaftssteuer nicht mehr teilnehmen. Er ist der Meinung, man solle die Länder mit einem Fixum abfertigen. Scheinbar verkennt er die historische Entwicklung Deutschlands und vergißt, daß die Länder durch Abtretung ihrer Steuerhoheit gewisse Ansprüche auf die im Finanzausgleich ihnen zugesprochenen Zuschüsse haben. Parker Gilbert steht ähnlich, wie es die Auffassung der Demokraten in Deutschland ist, auf dem Boden des Einheitsstaates. Er will sogar über die Länder eine Reichskontrolle ausgeübt haben, um den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit zu nehmen, irgendwelche größeren Ausgaben zu machen. Länder und Gemeinden, so erklärt er ganz generell, leben über ihre Mittel. Deshalb will man ihnen von der Gegenseite den Brotkorb höher hängen und kommt zu dem Resultat, daß Deutschland gewissermaßen degradiert werden muß. Dabei zeigt der Reparationsagent, daß er für die volkswirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinden keinen Sinn und Verständnis hat. Der Finanzausgleich ist das einzige, was bisher ohne positive Gesetzgebung durchgeführt ist. Die übrigen von ihm angezogenen Gesetzentwürfe sind vorläufig nur Projekte. Dabei soll aber keineswegs gesagt werden, daß Parker Gilbert gegen diese Gesetze als solche protestiert, nein, wir glauben ihm, daß er sich in keiner Weise in innerdeutsche Gesetzgebung und innerdeutsche Angelegenheiten einmischen will. Aber im Endeffekt bleibt die in dieser Denkschrift zum Ausdruck gebrachte Kritik dasselbe. Was hilft es, wenn man uns von der Gegenseite sagt, die Beamten müssen Geld haben, und wenn man uns die Mittel hierfür einfach beschneidet. Wir dürfen also gewissermaßen Beamte und Kriegsbeschädigte aufbessern, so viel wir wollen, es darf nur nichts kosten. Die Sachverständigen hatten im Jahre 1924 selbst zugeben, daß unsere Beamten zu schlecht bezahlt würden und daß Aufbesserungen notwendig seien. Jetzt, wo bei der gegebenen Gelegenheit eine derartige Aufbesserung erfolgen soll und damit auch der Ansicht der Sachverständigen entsprochen werden soll, erfolgt dieser Protest.

Das Liquidationsschädengesetz trägt ebenfalls eine innere Rechtfertigung in sich, denn die Deutschen, die im Auslande Hab und Gut verloren haben, sind durch den Versailler Vertrag darauf verwiesen worden, daß Deutschland sie für das vom Auslande weggenommene Eigentum entschädigen muß. Nachdem sie nun jahrelang deutscherseits auf die kommende Entschädigung vertröstet worden sind und nun eine Vorlage der Reichsregierung diese Entschädigung ihnen zukommen lassen will, erfolgt plötzlich dieser Einspruch gegen die Finanzierung. Dabei ist er, soweit er sich auf den Verkauf der Vorzugsaktien der Reichsbahn erstreckt, wenigstens deutscher Auffassung nach, durchaus unberechtigt.

Aber der Reparationsagent geht sogar noch weiter. Auch eine Auslandsanleihe darf für diesen Zweck der Entschädigung nicht aufgenommen werden. Also wiederum dasselbe Problem: Ihr müßt das Gesetz machen, aber finanzieren dürft ihr es nicht. Man kann den Gedanken wirklich nicht unterdrücken, daß man auf der Gegenseite mit derartigen versteckten Mitteln Deutschlands Wiederaufbau draußen in der Welt verhindern will. Man befürchtet wohl, daß die Auslandsdeutschen, die alles verloren haben, sobald sie aus dem Liquidationsschädengesetz irgendwelche Entschädigungen erhalten, diese anwenden, um ihre Geschäfte im Ausland wieder aufzunehmen.

In derselben Linie bewegt sich auch der Protest zum Schulgesetzentwurf. Bei allen Einwendungen Parker Gilberts hat man unwillkürlich das Gefühl, daß er sich die demokratisch-politische Auffassung zu eigen gemacht hat. So will er also auch nicht den Schulgesetzentwurf wegen der angeblich ungeheuren Kosten. Also letzten Endes sind wir so weit gekommen, daß allein die Durchführung des Dawesplanes darüber entscheiden soll, ob wir in der Kultur weiter fortschreiten oder nicht, ob wir die Frage des deutschen Schulwesens so lösen, wie es im Interesse der Mehrheit des deutschen Volkes liegt oder nicht.

Vielleicht mag man bei dieser Gelegenheit die Frage aufwerfen, weshalb denn gerade jetzt die großen Gesetzesvorlagen in die Erscheinung treten. Dazu ist zu betonen, daß sowohl Beamtenbesoldungs-, wie Liquidationsschädengesetz, wie Schulgesetz endlich bereinigt werden müssen, um in Deutschland die notwendige politische Ruhe eintreten zu lassen, und daß der jetzige Zeitpunkt der allein noch geeignete ist, weil wir uns jetzt gewissermaßen an einem Ruhepunkte befinden, der Deutschland vor der Wirkung der gesamten Reparationslasten noch zur Erholung gegeben ist. Wenn diese Fragen jetzt nicht geregelt werden, dann bleiben sie auf Jahre hinaus offen und werden die deutsche Innenpolitik und damit auch letzten Endes die deutsche Wirtschaft aufs schwerste belasten.

In dem Memorandum wird ja auch die Kredit- und Währungspolitik des Reichsbankpräsidenten leicht kritisiert. Zu gleicher Zeit aber macht sich der Reparationsagent die bekannten Gedanken des Reichsbankpräsidenten zu eigen, wonach wieder die Zusammenfassung der Verwaltung aller öffentlichen Gelder bei der Reichsbank in Berlin verlangt wird. Sollte ein derartiger Vorschlag in die Tat umgesetzt werden, dann könnte man allerdings für den Süden und Westen Deutschlands das schlimmste befürchten.

Wir sehen aus alle dem, daß die Kritik Parker Gilberts durchaus nicht gerechtfertigt ist und daß die deutsche Antwort in gebührender Weise seinen Protest zurückweist. Man hat allerdings deutscherseits versucht, Parker Gilberts Wünschen in weitestem Umfange entgegenzukommen und hat auch in dem Begleitschreiben eine gute Absicht anerkannt und sich zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt. Diese Verhandlungen werden weiter laufen. Deutschland wird nach wie vor, dessen kann die Gegenseite versichert sein, alles tun, was in seinen Kräften steht, um die im Dawesplan übernommenen Verpflichtungen voll und ganz durchzuführen. S

10. Jahrestag der russischen Revolution.

Ansprachen Kalinins und Bucharins.

= **Kowno**, 6. Nov. Nach Meldungen aus Moskau begannen dort heute vormittag die Feierlichkeiten aus Anlaß des zehnten Jahrestages der Sowjetrepublik. Kalinin und Bucharin nahmen in Ansprachen zur politischen Lage Stellung. Sie stellten dabei fest, daß sich die allgemeine politische Lage der Sow.-union ebenso wie die wirtschaftliche Lage gebessert hätten. Die Sowjetregierung werde neue Mittel für die Entwicklung der Agrarreform zur Verfügung stellen. Die Redner wiesen weiter auf die bevorstehende Einführung des siebenstündigen Arbeitstages hin.

Morgen vormittag wird unter der Leitung des Kriegskommissars Woroschilow eine große Parade vor den Spitzen der Sowjetverwaltung stattfinden.

Stalin veröffentlicht in der „Prawda" anläßlich des zehnten Jahrestages der Sowjetunion einen Artikel, in dem er u. a. erklärt, die Oktober-Revolution habe bewiesen, daß das Proletariat mit dem gleichen Erfolg regieren könne, wie die bürgerliche Klasse. Die Front des Weltimperialismus sei völlig durchbrochen. Die kapitalistischen Länder seien gezwungen gewesen, Vereinbarungen mit der Sowjetregierung zu treffen. Die Oktober-Revolution habe auch den Kolonialvölkern gewisse Anregungen gegeben, die zu einer neuen Revolution führten, die man Kolonial-Revolution nennen könne. Die Sowjetrepublik sei auch heute bereit, um ihre Existenz zu kämpfen. Aber auch der Weltkapitalismus habe den Kampf gegen die proletarische Diktatur noch nicht aufgegeben. Die Existenz der Sowjetunion beweise den Sieg Lenins über die europäische Sozialdemokratie. Die Zweite Internationale sei vollkommen geschlagen.

Russischer Aufruf an das Weltproletariat.

tu **Kowno**, 5. Nov. **(Tel.)** Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Vollzugskomitee der kommunistischen Internationale anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Sowjetunion einen Aufruf an das Weltproletariat gerichtet, in dem die Arbeitermassen zu neuen Kämpfen gegen die Weltbourgeoisie aufgerufen werden. In dem Aufruf wird behauptet, daß in nächster Zeit ein neuer Weltkrieg ausbrechen werde, der in erster Linie gegen die Sowjetunion geführt werde.

Die Landwirtschaft in der Sowjetunion.

w **Moskau**, 4. Nov. „Iswestija" veröffentlicht eine Übersicht über die Entwicklungsergebnisse der Landwirtschaft der Sowjetunion im verflossenen Jahrzehnt. Darin heißt es u. a.: Durch die Revolution wurden der kleinen und mittleren Bauernschaft durch Landzuteilung und Neuverteilung 100 Millionen Hektar zugewiesen. Um die Bauernbevölkerung mit Wald zu versorgen, wurden 20.5 Millionen Hektar Wald zugeteilt; weitere 1,7 Millionen Hektar werden demnächst zugewiesen werden. Die Anbaufläche in der gesamten Sowjetunion beträgt 115 Millionen Hektar oder 97 Prozent der Vorkriegszeit. Über 13,4 Prozent der Anbaufläche werden nach dem Vierfelder-system bewirtschaftet gegen 1,5 in der Vorkriegszeit. In den vergangenen 10 Jahren wurden an die Bauernschaft, und zwar vorwiegend an die ärmste, 3 147 000 Tonnen Saatgut leihweise verabfolgt, die Rückerstattung von 1 694 000 Tonnen wurde erlassen. Der Samenmangel ist gegenwärtig nahezu behoben. Die Hauptaufmerksamkeit der Regierung wird nunmehr der Nationalisierung der Bauernwirtschaft zugewandt. Im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen ist eine bedeutende Entwicklung zu verzeichnen. Allein in Sowjetrußland bestanden am 1. Oktober 1926 über 55 000 Verbände mit etwa 5 Millionen Mitgliedern gegenüber 22 000 Verbänden im Jahre 1925. Der Gesamtumsatz der Landwirtschafts-Genossenschaften in den Jahren 1925—26 betrug über 1684 Millionen Rubel oder 10,8 Prozent des gesamten Warenumsatzes des Landes. Das landwirtschaftliche Kreditsystem erfaßt 5 Millionen Bauern. Seine Bilanz beträg 1274 Millionen Rubel, wobei die Beteiligungen des Staates am Landwirtschaftskredit 460 Millionen Rubel ausmachen. Zur Versorgung der Bauernschaft mit landwirtschaftlichen Maschinen werden bis Ende des Jahres 102 Millionen Rubel gegen 87 Millionen im Jahre 1913 verausgabt werden. Eine große Rolle in der Ratifizierung der Bauernschaft spielen die sogenannten Sowjetwirtschaft, deren Gesamtzahl in der Sowjetunion ohne die Republiken in Mittelasien 5 706 000 Hektar mit einer Anbaufläche von 3 750 000 Hektar beträgt. Die Tätigkeit der Sowjetwirtschaften bezweckt hauptsächlich die Hebung der landwirtschaftlichen Kultur der Bauernwirtschaften.

Die Berliner Presse zum Schriftwechsel mit dem Reparationsagenten.

Zu dem Schriftwechsel zwischen der Regierung und Parker Gilbert sagt der „Lokal-Anzeiger", die scharfe Kritik des Generalagenten decke sich in manchen Punkten mit den Forderungen, die aus Deutschland heraus schon längst erhoben worden seien, sie gehe aber in diesen Punkten entschieden zu weit und verkenne die staatlichen Notwendigkeiten sowie die Grenzen, die durch die Souveränität eines Volkes und dessen Recht auf Leben und Selbsterhaltung gesetzt seien. Der Generalagent habe als Treuhänder der Gläubigermächte seine Pflicht getan. Die Schuld für die Einmengung des Auslandes in innerdeutsche Angelegenheiten trügen diejenigen, die den Vertrag von London im August 1924 unterzeichnet hätten, die den Dawesplan für durchführbar hielten und sich teilweise heute noch seiner Revision entgegensetzten. Unter der Herrschaft des Dawesplanes werde die Welt nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen können. Die „Deutsche Tageszeitung" sagt, bei aller inneren Auflehnung, die der Brief des Reparationsagenten Parker Gilbert wohl in jedem guten Deutschen erwecke, und trotz des Gefühls, daß uns hier die Abhängigkeit Deutschlands von fremden Mächten mit einer in den letzten Jahren verhältnismäßig selten erlebten Schärfe vor Augen geführt werde, könne man die große Aussprache zwischen dem Reparationsagenten und der Reichsregierung in gewissem Sinne doch als den Versuch zu der überaus notwendigen Klärung unserer Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse begrüßen. Jedenfalls habe das Memorandum des Reparationsagenten, ebenso wie es selbst das Problem in seiner ganzen Breite aufrolle, die Reichsregierung zu einer synthetischen und grundsätzlichen Behandlung des ganzen Fragenkomplexes gezwungen, wie sie für die Unterrichtung des deutschen Volkes und seine Stellungnahme schon längst nötig gewesen sei. Die „Kreuzzeitung" setzt sich mit den Hauptpunkten der Kritik des Reparationsagenten auseinander und kommt auf Grund der Antwort der Reichsregierung zu dem Schluß, daß bis jetzt alles geschehen sei, um allen uns von den Reparationsgläubigern auferlegten Verpflichtungen pünktlich nachzukommen. Grund zur Klage sei also für Parker Gilbert nicht vorhanden. Die „Tägliche Rundschau" sagt, eine besser ausgebildete Taktik der leichten Hand unter der geschäftlichen Verhandlungsform hätte diese Sensationen vermeiden können. Da aber nun dieser Fall passiert sei, sei der deutschen Oeffentlichkeit weder gedient mit Angriffen auf den Reparationsagenten noch mit Beleuchtung der schwebenden Fragen unter allzu gesondert innerpolitischen Gesichtspunkten. Die Dinge, die hier schwarz auf weiß dem Publikum vorgetragen würden, fänden ihre beste Verwertung darin, daß sie aufs neue dem gesamten deutschen Volke den bitteren Ernst des Reparationsgeschäftes vor Augen führten, daß sie zur Nachdenklichkeit aufforderten, und dies insbesondere an denjenigen Stellen, die mit einer geringeren formellen Verantwortung arbeiteten, als diejenige der Reichsregierung sei, die aber der direkten Kontrolle der Reichsregierung nur in begrenztem Umfange unterständen. Die „D. A. Z." meint, man dürfe sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß die Gegensätze, die zurzeit zwischen der Auffassung der Reichsregierung und der des Agenten beständen, außerordentlich groß seien. Das Reparationsproblem drohe jetzt wieder zur Achse zu werden, um die sich die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik drehe. Die „Germania" schreibt nach einer Auseinandersetzung mit den einzelnen Punkten der Denkschrift des Reparationsagenten, es sei eines der Hauptverdienste des Dawesplanes, daß er das Reparationsproblem aus dem Stadium der noch mit der Kriegspsychose belasteten politischen Polemik herausgezerrt und auf der Basis einer mehr kaufmännischen Regelung eine ruhigere Abwicklung eingeleitet habe. Es wäre daher im Interesse des europäischen Friedens außerordentlich zu bedauern, wenn neuerdings eine gegenseitige unfruchtbare Polemik an Stelle der geschäftsmäßigen Auffassung der Reparationsfrage treten würde. Die demagogische Auswertung der diplomatischen Auseinandersetzung zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reparationsagenten werde jeder, der im Reparationsproblem die wichtigste Frage unserer Außenpolitik erkenne, vom nationalen Standpunkt aus besonders bedauern. Am allerwenigsten eigne sie sich aber zum persönlichen Kampfe gegen den Reichsfinanzminister, der die undankbare Erbschaft der neue finanzielle Lasten mit sich bringenden Gesetze, zum Teil bereits im Entwurf fertig, von seinem Amtsvorgänger übernommen habe, und der wenigstens ehrliche Anstrengungen unternehme, die seit Jahren von den verschiedenen Regierungen gegebenen Versprechungen in die Tat umzusetzen, bevor die kommende Normalbelastung durch den Dawesplan jede weitere finanzielle Maßnahme unmöglich mache. Das „Berliner Tageblatt" meint, vieles von dem, was der Reparationsagent im allgemeinen und im einzelnen anführe, berühre sich mit der inländischen Kritik, die schon seit längerem, ganz besonders aber in der letzten Zeit, an den Maßnahmen der deutschen Finanzwirtschaft geübt worden sei. Die „Vossische Zeitung" sagt, Deutschland steht nicht unter Finanzaufsicht, und der zur Wahrung der Rechte der Reparationsgläubiger eingesetzte Finanzagent habe kein Recht, sich in die innerdeutschen Verhältnisse einzumengen. Aber er habe allerdings das Recht und die Pflicht, die Interessen seiner Auftraggeber zu wahren. Denn diese Auftraggeber seien die Gläubiger Deutschlands. Sie seien es zum einem Teil ja nicht nur aus Deutschlands Reparationsverpflichtungen heraus. Amerikas Banken und Bankiers hätten Milliarden in Form öffentlicher Anleihen und privater Kredite nach Deutschland gegeben. Und auch wenn Deutschland keinen Pfennig an Reparationslasten schuldete, müßte es sich gefallen lassen, daß seine Gläubiger sehr aufmerksam die Entwicklung der öffentlichen Finanzen und der deutschen Privatwirtschaft verfolgten und ihr Urteil darüber sagten. Der „Vorwärts" sagt, die Besorgnisse des Reparationsagenten seien in wesentlichen Punkten übertrieben; sie erklärten sich zu einem guten Teil aus dem Mangel an Erkenntnis für die wirtschaftlichen Funktionen der deutschen Länder und Gemeinden, die man in ähnlicher Art in Amerika nicht kenne.

Fort mit dem Worte „Gott".

Ein Beitrag zum Streit um das Schulgesetz.

Ein Lehrer in Leipzig-Döberitz hat das Lied „Es ist bestimmt in Gottes Rat" singen lassen, in dem er der ersten Zeile die Fassung gab: „Es ist bestimmt in Schicksals Rat." Als daraufhin gegen ihn eine Beschwerde beim Bezirksschulamt Leipzig erhoben wurde, fällte diese Behörde eine Entscheidung, die für den Geist, in dem man in Leipzig die Schulen verwaltet, kennzeichnend ist. Es heißt in dieser Entscheidung:

„Zu der Behauptung, daß Lehrer Schwager das Lied „Es ist bestimmt in Gottes Rat" in der veränderten Form habe singen lassen „Es ist bestimmt in Schicksals Rat", hat Lehrer Schwager folgendes ausgeführt: Er habe geglaubt, bei den örtlichen politischen Gegensätzen besonders Rücksicht auf die Gesinnung Andersdenkender im Sinne der Reichsverfassung nehmen zu müssen, und zwar vor allem auch deshalb, weil der damaligen Klasse eine Anzahl Kinder der Lebenskunde angehört hätten. Er habe den „Lebenskundlern" erklärt, daß sie keinen Anstoß an dem Wort „Gott" zu nehmen brauchten, das Lied sei zu schön, um das Lied etwa nicht zu singen. Zur Entlassungsfeier 1927 habe er das Lied in der üblichen Form singen lassen. — Die Abänderung des genannten Liedes ist auch gewiß nach Ansicht des Bezirksschulamtes eine geschmacklose Abänderung eines Kunstwerkes, aber es muß bei Beurteilung der Angelegenheit die überaus schwierige Stellung des Lehrers berücksichtigt werden, der, wenn er das Lied im Urtext singen läßt, die eine Seite, und wenn er die Abänderung vornimmt, die andere Seite gegen sich hat."

Es gibt wohl kein deutlicheres Zeugnis gegen die schlaffe und laffe Rückgratlosigkeit, in die eine rein weltliche Schule gerät, als die Äußerung dieses Lehrers und ihre ängstliche Unterstützung und Anerkennung durch das Schulamt. Wenn es das Ziel der „Lebenskunde", dieses lächerlichen „Religionsersatzes", in den weltlichen Schulen ist, den Namen Gottes unter allen Umständen zu vermeiden, als berge er Pech und Schwefel in sich, dann ist es nicht nur um die ethische, sondern ganz einfach auch um die menschliche und die seelische Seite dieser „Lebenskunde" sehr schlecht bestellt. Der im wortwörtlichen Sinne „gottesfürchtige" Herr Lehrer Schwager und das nach allen Seiten sich wohlsalvierende Leipziger Schulamt sind prächtige Kronzeugen für die Notwendigkeit eines Schulgesetzes, das unseren Eltern die Freiheit gibt, ihre Kinder in eine Schule zu geben, in der furchtlos und treu das Wort „Gott" und das „Wort Gottes" klingt.

Abg. Prälat Dr. Kaas schwer erkrankt.

w **Berlin**, 6. Nov. **(Tel.)** Reichstagsabgeordneter Prälat Dr. Kaas hat sich infolge des Durchbruchs eines Magengeschwürs durch die Magenwand in der vergangenen Nacht einer Operation unterziehen müssen. Das Befinden des Kranken ist ernst, doch hofft man ihn am Leben zu erhalten, falls keine besonderen Komplikationen eintreten.

Der Jungdo.

Mahraun spricht in Münster.

In der nicht gefüllten Stadthalle sprach am Sonntag nachmittag der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Artur Mahraun über Zwecke und Ziele des Jungdeutschen Ordens. Es sei nicht zweifelhaft, daß der Jungdeutsche Orden heute vielleicht die umstrittenste Gemeinschaft Deutschlands sei. Schon in der Vergangenheit habe der Orden innerhalb der großen nationalen Bewegung unseres Volkes einen besonderen Weg beschritten. Er ging nicht mit den einzelnen Tagesparolen, er schmiegte sich nicht den jeweiligen Zeiterscheinungen an. Dies sei in erster Linie wohl auch der Grund, weshalb der Bund oftmals als Störenfried bekämpft worden sei. Man sei aber nicht deshalb Störenfried gewesen, weil er nicht einig sein wollte, sondern nur aus dem Grunde, weil dem ganzen jungdeutschen Erleben eine besondere Idee zugrunde liege, eine ganz bestimmte Idee, in der der Jungdeutsche Orden wuchs, handelte und handeln mußte. Alle politischen Gewalten, die ganze Presse, alle politischen Organisationen hätten sich gegen den Bund gestellt, es sei deshalb kein Wunder, daß der Bund in der Oeffentlichkeit hart umstritten sei. Schon zu einer Zeit, in der der große Haß Schwarz-weiß-rot oder Schwarz-rot-gold entstand, habe der Bund erklärt, wenn er auch Schwarz-weiß-rot als die Erinnerung an große Zeiten an seinen Fahnen trage, so habe er doch den Mut zu bekennen, daß es auch auf der schwarz-rot-goldenen Seite unseres Volkes Menschen gebe, die in heißer Inbrunst für die Zukunft ihres Vaterlandes kämpften. Ein solches Bekenntnis vor drei Jahren war schwerer als heute. Damals antwortete die gegnerische Presse: Mahraun hat sich zu Schwarz-rot-gold bekannt. Als er 1925 die außenpolitische Entwicklung vom Standpunkt der Beachtung der jungdeutschen Einheit im ganzen deutschen Lande sah, fühlte sich der Orden verpflichtet, auch seine Ansicht über die außenpolitische Entwicklung unserer Politik zu sagen. Damals glaubte man, sich mit dem Bolschewismus, mit dem großen Heere des Sowjetreichs verbünden zu müssen, um den Kampf gegen den Erbfeind Frankreich aufzunehmen. Auch in den Jungdeutschen Orden kam diese Propaganda, es wurde verbreitet, daß die Sowjets über eine gewaltige Armee verfügten, die bereit wäre, an unserer Seite den Kampf gegen Frankreich zu entfesseln. Auf einen Zuruf: Dank ihrer Denkschrift! antwortete Mahraun, seine politischen Gegner möchten ihm alle Vorwürfe machen, die es in der Welt gebe, er könne sich dagegen nicht wehren, aber einen Vorwurf sollten ihm seine Brüder nicht machen, daß er ein Ideal, eine Opferwilligkeit, die sich damals in der Front und heute im Orden zeige, einer Utopie opfere, die nicht zum Erfolge, sondern zum Zusammenbruch führen könne. Die Denkschrift sei vertraulich dem Reichsminister überreicht worden, es herrschten heute aber Zustände, daß solche Denkschriften einfach verschwänden und nachher zur politischen Hetze benutzt würden. Die Behauptungen politischer Gegner über diese Denkschrift entsprächen in keiner Weise den Tatsachen, sie werde vielleicht später noch einmal eine große Rolle spielen, wenn der Vorhang von Geheimnissen gezogen werde, die heute noch im Dunkeln liegen. Gegenüber Vorwürfen, daß der Orden sich in außenpolitische Angelegenheiten eingelassen habe, müsse er erwidern, daß keine politische Bewegung, keine Partei auf die Dauer an der großen Frage werde vorübergehen können, was für die Zukunft geschehen soll. Wer als denkender Mensch in die politischen Kämpfe unserer Zeit hineingehe, müsse offenen Auges das System betrachten, das uns heute beherrsche, auch wenn er es von vornherein ablehne, und zwar um des Gemeinschaftswillens, Volk und Vaterland einer glücklichen Zukunft entgegenzubringen. Das 19. Jahrhundert sei an dem Absolutismus der Fürsten zerbrochen, der Sinn des 20. Jahrhunderts werde sein, den Absolutismus des Geldes zu brechen. Das 19. Jahrhundert erzitterte vor dem Willen der Völker zur Demokratie, heute aber müsse man sich eingestehen, daß diese Demokratie mehr eine Plutokratie sei, weil heute noch die Macht des Geldes, der Trusts und Konzerne herrsche, über die stark nachzudenken sei, weil sie noch dazu zum größten Teil in ausländischen Händen seien. Es müsse ein Weg gesucht und gefunden werden, dieser Macht die Gewalt über das deutsche Volk zu nehmen. Die Jungdeutschen seien nicht gegen die Republik, sie seien gegen den heutigen Staat, der kein Volksstaat sei, weil in ihm das Geld herrsche. Die Partei, die in der modernen Republik den Staat aufbaue, sei eine Organisation, die von der Macht des Geldes abhängig sei. Es sei erschütternd, daß in einer Zeit, wo man von Sozialisierung der Wirtschaft spreche, das große Gut des Volkes dem Staat der skrupellosen Geldherrschaft ausgeliefert werde. Die Entwicklung zum verfassungsmäßigen Zustand, nämlich zum Volksstaat, sei zu fordern. An Stelle des Kastengeistes müsse die Volksgemeinschaft gestellt werden, das Bekenntnis zu einem neuen Nationalismus, in dem die Staatsbruderschaft des Volkes in einem neu zum Wohlstand erblühenden Staat wieder bereit ist, für das Land und seine Freiheit einzutreten.

Man müsse zurückkehren zu der Grundlehre des großen Staatenreformers, des Frhr. vom Stein, dessen Grundlehre war, daß Volk und Staat eins sein müssen. Unter der heutigen Republik stelle ein Republikaner sich das Finanzamt und die Polizei vor, der Staat aber müsse das höchste sein, was wir haben, der Kopf einer Familie, die für die Summe der Familien verantwortlich sei. Ein neues Staatsbürgertum zu schaffen, das wir lieben können, sei die Aufgabe. Der Baustein, mit dem die heutige Republik gebaut sei, sei kein fester Stein, mit dem man einen Bau auf lange Zeit zimmern könne, denn dieser Baustein seien die Parteigruppen.

Der Redner verbreitet sich dann eingehend über die Möglichkeit, den Staat in anderer Weise aufzubauen. Er will von Nachbarschaften ausgehen, die sich ihren Führer küren. Den Begriff Kurführerschaft erläutert er als die Synthese von Weimar und Potsdam, den Geist der Freiheit und den Geist der Pflicht. Er schildert den organischen Aufbau des Jungdeutschen Ordens und plädiert dafür, ihn ähnlicher Form den Staat aufzubauen. Das heutige Parlament der Verantwortungslosigkeit müsse durch das Volksparlament, das Kapitel ersetzt werden, was gleichbedeutend sei mit Zusammenfassung der Führer.

Der Friede Europas werde nicht gesichert durch Friedensverträge. Solange die Kette von Versailles auf uns laste, solange werde es auch keinen Frieden in Europa geben, denn wir sind ein freies Volk und keine Knechte. Aber es gebe eine Sicherung des Friedens, nämlich den Weg, der über den Neubau der Staaten führe. Die Kriege der Vergangenheit seien Kriege der Interessen gewesen. Wenn aber die Plutokratie unserer Zeit die Kriege gemacht habe, könne der Friede nur dadurch gemacht werden, daß ihr die Gewalt genommen werde, die Völker zu beherrschen. Unseren Feinden sei zu sagen, daß wir den Frieden wollen, daß wir ihn aber nicht gesichert sehen wolen durch Diktate, sondern durch den Neubau der Staaten. Eine neue Zeit habe begonnen, die Revolution des 20. Jahrhunderts. Frankreich habe den Ruhm, in der Revolution des 19. Jahrhunderts an der Spitze gestanden zu haben, wir Deutsche haben eine Möglichkeit, aus aller Schmach und Not herauszukommen, indem wir die Weltidee der Gegenwart ergreifen und mit deutschem Geist und Erfinderkraft gestalten: Sie heißt Brechung der Plutokratie. Die Lehre vom Volksstaat ist die Revolution des 20. Jahrhunderts.

Der Redner schließt seine Ausführungen mit einem Dank an die Anhänger und Mitglieder des Ordens und mit der Ankündigung, daß am 17. Dezember der Kampf des jungdeutschen Ordens für die positive Ausgestaltung der jungdeutschen Idee mit einem Manifest beginnen werde.

Der Hochmeister des Jungdo, Herr Artur Mahraun, ist kein glänzender, aber ein sympathischer Redner, ein Mann, an dem vier Jahre Fronterlebnis nicht ohne Spuren vorübergegangen sind, und der ohne Frage in heißer Vaterlandsliebe mit den Problemen ringt und nach Formen sucht. Seine vornehmste Führereigenschaft scheint uns der Mut zu sein, mit dem er nicht nur seine Ideen versicht, sondern auch Vorgänge, die sich hinter den Kulissen der Vaterländischen Verbände abspielen, scharf bekämpft, weil sie ihm als verantwortungsbewußten Führer des Jungdo sowohl für das Vaterland wie für seine Gefolgschaft gleich schädlich erscheinen. Es sei hier nur an seine bekannte Denkschrift an das Reichswehrministerium erinnert, die die aussichtslosen und verderblichen Bestrebungen, im Bunde mit Sowjetrußland gegen Frankreich im Felde zu ziehen, aufdeckte und dann durch Indiskretion an die Oeffentlichkeit gelangte. Das hat ihm eine heftige Gegnerschaft im Lager der vaterländischen Verbände eingetragen, eine Gegnerschaft, die sich heute noch in zahlreichen Zivilprozessen äußert und in Formen, die alles andere als schön sind. Aber die Auseinandersetzungen darüber kann man ruhig den Vaterländischen Verbänden überlassen.

Als die große Frage hat Mahraun am Sonntag die Frage bezeichnet, wie die vaterländische Bewegung aus der steten Verneinung zur schöpferischen Bejahung gelangen könne. Diese Frage beherrscht, für den aufmerksamen Beobachter längst erkennbar, in vollem Maße die gesamte Bewegung, nicht nur im Jungdo, sondern auch im Stahlhelm und den andern Wehrverbänden. Von der Aufrechterhaltung des Wehrgedankens allein und der Verneinung des heutigen Staates und der Regierungsformen kann eine Bewegung auf die Dauer nicht existieren. Daher die Suche nach etwas Positivem und nach Mitteln, zur Macht zu gelangen. Der Stahlhelm hat, nicht als die erste Organisation, bereits den Weg beschritten, über die so heiß bekämpften Parteien und den Parlamentarismus seine Macht geltend zu machen. Er hat eine Wahlparole ausgegeben und sucht Anschluß an Deutschnationale, indem er versucht, sie seinen Ideengängen zugänglich zu machen. Wird der Jungdo ihm folgen? Herr Mahraun hat diese Frage offen gelassen, er hat aber angekündigt, daß am 17. Dezember der volle Kampf um die Ausgestaltung des Staates nach den Ideen des Jungdo beginnen soll mit einem Manifest. Damit ist es nun freilich nicht getan, aber es wird wohl Auskunft geben, über den Weg, den der Jungdo einschlagen will, um seine Ziele zu verwirklichen.

So erfreulich es an und für sich ist, daß die Kräfte, die in der vaterländischen Bewegung bis jetzt ziemlich brach liegen, aus der negativen Verneinung zur positiven Mitarbeit am Staatswesen überhaupt drängen, so bleibt doch die Frage offen, ob die Ideen, die der Jungdo entwickelt, so viel an positivem Gehalt in sich haben, daß sie dem Staatswesen in irgendeiner Form dienstbar gemacht werden können. Das scheint leider nicht der Fall zu sein. Eine Hauptrolle spielt in den Gedankengängen des Jungdo das Führerproblem, ein sehr ernstes Problem, das in unserem heutigen parlamentarischen System — es wäre unklug, das übersehen zu wollen — keine alles befriedigende Lösung gefunden hat. Der Jungdo will als nächste Zelle über der Familie die sogenannte Nachbarschaft, sie soll sich ihren Führer küren, wie der Thing seine Führer kürte. Diese Führer treten jeweils zum Kapitel zusammen und kehren dann in die Heimat zurück, um so die Verbindung mit ihren Wählern aufrecht zu erhalten. Das Kapitel ist souverän, es wählt sich den obersten Führer. Herr Mahraun hat das mit der katholischen Kirche, mit der Papstwahl durch die Kardinäle verglichen. Aber ein Zwischenruf aus der Versammlung hat ihn mit Recht darauf verwiesen, daß es sich hier um eine religiöse Gemeinschaft handelt, während doch nicht ganz Deutschland aus Jungdoleute besteht. Bei der Zerrissenheit des deutschen Volkes wäre es unmöglich, alle Staatsbürger auf die Ideengänge des Jungdo zu vereinigen, die Führer würden also wahrscheinlich mit Mehrheit gewählt werden müssen. Das Kapitel würde, weil in ihm auch die Führer anderer Ideengemeinschaften säßen, sehr bald, wenn auch zu keinem Parlament, so doch zu einem Debattierklub, wo die Mehrheit den Ausschlag geben würde. Man wäre also glücklicherweise wieder beim vielgeschmähten parlamentarischen System angelangt, oder es würde uns ein faszistisches System Mussolinischer Prägung mit der rücksichtslosen Ausrottung jeder anderen Meinung bevorstehen, und das würde das Unglück des deutschen Volkes sein. Was in Italien möglich ist, läßt sich ohne weiteres auf Deutschland nicht übertragen.

Das ist nur ein Punkt, den wir aus dem Mahraunschen Vortrage herausgreifen wollen. Wenn man das System bessern will, muß man den Hebel schon an anderer Stelle ansetzen. Anfänge dazu sind vorhanden, wir wollen nur auf die Frage der Wahlreform nur erwähnen, die ja leider nicht vom Fleck kommt, weil die Abgeordneten offenbar keine Lust haben, den Ast, auf dem sie sitzen, selbst abzusägen. Es sind auch noch andere Wege der Erwägung wert, wie man dem Führerproblem beikommen kann.

Es soll nicht verkannt werden, daß im Jungdo mancher ideelle Gedanke verankert ist und daß das Ringen zum Wohle des Ganzen Anerkennung verdient, aber die Wege, die der Jungdo einschlagen will, sind nicht gangbar. Schade, daß soviel Kraft nutzlos vergeudet wird.

Die Bedeutungslosigkeit der kleinen Parteien.

Ein Zentrumsabgeordneter schreibt uns:

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg und die Stadtverordnetenwahl in Königsberg, bedeuten zweifellos einen Ruck nach links. Zum mindesten haben es die Sozialdemokraten und Kommunisten verstanden, eine große Anzahl verärgerter Wähler und Wählerinnen, die bei der früheren Wahl nicht mehr gewählt haben, wieder an die Wahlurne zu bringen. In der größeren Wahlbeteiligung beruht der hauptsächlichste Erfolg der beiden Linksparteien.

In Hamburg sind zwei neue Parteien bei der letzten Wahl in die Erscheinung getreten, nämlich die Wirtschaftspartei und die Aufwertungspartei; die erstere erhielt 27 055, die letztere 7706 Stimmen.

In Königsberg standen den beiden Linksparteien nicht weniger als elf bürgerliche Partei- oder Organisationsgebilde gegenüber. Neu aufgetreten sind auch hier: 1. die Wirtschaftspartei, die 3332 Stimmen erhielt; 2. die Volksrechtspartei mit 701 Stimmen; 3. die Aufwertungspartei mit 1742 Stimmen.

In Hamburg erhielt die Wirtschaftspartei von 160 Vertretern ganze 6; in Königsberg 2 Stadtverordnete. Die Aufwertungspartei erhielt in Hamburg und Königsberg nur je 1 Sitz! Der Rentnerbund und die Volksrechtspartei fielen in Königsberg ganz aus.

Einen Erfolg haben diese kleinen Gruppen und Neubildungen allerdings gehabt: sie haben die Stoßkraft der bürgerlichen Parteien geschwächt, die Wahlverdrossenheit im bürgerlichen Lager verstärkt und die alteingeführten Parteien durcheinander gebracht.

Angesichts der geringen Wahlerfolge dieser neuen Gruppen ist die Frage berechtigt: Wie denken sich die Anhänger der Aufwertungspartei und auch der Wirtschaftspartei überhaupt die erfolgreiche Vertretung der ihnen anvertrauen Interessen?

Ist den Anhängern der Aufwertungsbewegung noch nie der Gedanke gekommen, daß sie mit ihren Sonderlisten ihre eigenen Interessen am schwersten schädigen?

Die Wahlergebnisse beweisen doch gerade, wie gering der politische Einfluß der Aufwertungsbewegung ist. Das beschwört, vom Standpunkt der Anhänger einer besseren Aufwertung aus gesehen, direkt die Gefahr herauf, daß alle anderen Parteien sich um die Aufwertungsfragen weniger bekümmern. Wenn die Anhänger einer besseren Aufwertung oder einer Verbesserung der Lage der Kleinrentner alle bürgerlichen Parteien ablehnen und mit Sonderlisten vorgehen, dann entbinden sie die Letzteren von dem Eintreten für ihre Interessen.

Schließlich haben die Gewählten die Interessen ihrer Wähler zu vertreten und nicht jene ihrer Nichtwähler!

Aehnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Wirtschaftspartei. Wenn die wenigen Vertreter der Wirtschaftspartei den Mittelstand retten müssen, dann „Gute Nacht" Mittelstand! Was hat denn die Wirtschaftspartei bis jetzt im Reichstage für den Mittelstand getan und erreicht? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Mit all diesen Neubildungen wird ja doch nur der politische Gegner des Mittelstandes gestärkt. Wie ganz anders würden die Kreise des Handwerks und Mittelstandes dastehen, wenn sie mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten würden, in den alteingeführten politischen Parteien sich durchzusetzen.

Dieses gilt insbesondere auch für unsere katholischen Handwerker und Mittelstandsangehörige. Für sie kann die Parole nur lauten: Hinein ins Zentrum! Dort ist euer Platz! Dort obliegt euch die Aufgabe, die Zentrumsfraktionen für die Interessen des Handwerks und Mittelstandes noch mehr zu gewinnen. Im Zentrum sitzen jetzt schon die maßgebenden Führer des Mittelstandes, die seither für ihn mit Erfolg eingetreten sind. Darum weg mit der Zersplitterung. In der Einigkeit der Zentrumspartei liegt deren Schlagkraft und die Quelle für eine erfolgreiche Standes- und Berufsarbeit.

Kleine Parteien dienen nur den Interessen ehrgeiziger Führer; politische Arbeit vermögen diese nicht zu leisten; politische Erfolge werden und müssen ausbleiben. Halten wir darum im katholischen Lager die Einigkeit hoch und die Zentrumspartei stark, und dann werden alle berechtigten Sonderinteressen der einzelnen Stände eine sachgemäße Behandlung und Förderung erfahren.

Darum weg mit der Zersplitterungsarbeit; weg mit den kleinen Parteigruppen, die nur laut schreien, aber nichts zu leisten vermögen!

Oberstudienrat Professor Dr. Mönchemeier †.

Rheine, 6. November.

Am Sonntag, den 6. November, durcheilte die Stadt Rheine die Trauerkunde, daß Professor Dr. Mönchemeier Oberstudienrat am Gymnasium Dionysianum und Rektor der Petrikirche zu Rheine im Krankenhause der Barmherzigen Brüder zu Dortmund durch einen sanften Tod von seinem schweren Leiden erlöst worden sei. Selten wird eine Todesnachricht in Rheine und weit darüber hinaus eine so allseitige Trauer ausgelöst haben. War doch Professor Mönchemeier ein Mann, der als Lehrer und Erzieher der studierenden Jugend, als angesehener und beliebter Kollege und Confrater im Kreise seiner Amtsgenossen, als Leiter und Führer im öffentlichen, religiösen und geistigen Leben, als Berater und Seelenführer fast drei Jahrzehnte hindurch eine außerordentlich vielseitige und fruchtbare Tätigkeit entfaltet hat.

Geboren zu Wiedenbrück am 5. August 1866, verbrachte er seine Kinder- und Jugendjahre zu Münster i. W., besuchte das Paulinum und studierte von 1887—91 Philosophie und Theologie an der damals Akademie genannten Hochschule Münsters, empfing 1891 die Priesterweihe und setzte seine theologischen Studien zunächst fort, um zum Dr. theol. zu promovieren. Dann erhielt er seine Anstellung zunächst in der Seelsorge als Kaplan an der Pfarrkirche ad. St. Dionysium zu Rheine. Seit Ostern 1893 aushelfender Religionslehrer am Gymnasium Dionysianum zu Rheine tätig, legte er am 22. Juni 1897 das Staatsexamen ab, war an der genannten Anstalt von Herbst 1897—98 als Probekandidat, dann als Hilfslehrer und seit dem 1. Oktober 1900 als Oberlehrer bezw. Studienrat tätig. Am 1. August 1926 wurde er zum Oberstudienrat ernannt.

Ein besonderes Verdienst erwarb er sich durch den Bau der Gymnasial-Kirche zum hl. Petrus, eines Gotteshauses, das die willkommene Ergänzung darstellt zu dem Prachtbau des Gymnasiums Dionysianum, der bekanntlich weit und breit seinesgleichen sucht. Der weiteren Ausschmückung des ihm so lieben Gotteshauses, der möglichst feierlichen Gestaltung des Gottesdienstes galt seine besondere Sorge, die ihn noch in den letzten Tagen und Stunden vor seinem Tode beschäftigt hat.

Der Verstorbene war ein Mann von seltenem Arbeitseifer und von ungewöhnlicher Arbeitskraft. Dabei war er begabt mit einem außerordentlich sicheren Urteil, das es ihm ermöglichte, bei allen Ereignissen und Fragen das Wesentliche herauszufinden, woraus sich das große Vertrauen erklärt, das er in so weiten Kreisen genoß. So kam es, daß seine Arbeit nicht beschränkt blieb auf seine engste Berufstätigkeit an der Schule. Er war fast 30 Jahre der Präses der blühenden Männersodalität und bei den Generalversammlungen und Andachten an den Tagen gemeinschaftlicher Kommunion hat er manche wirkungsvolle Predigt gehalten. Viele Jahre hindurch war er geistlicher Beirat des kath. Lehrerinnen-Vereins. Eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen dieses Vereins — zum Teil in Verbindung mit dem kath. Lehrerverein — waren in erster Linie sein Werk. Dabei fanden seine Umsicht und sein praktisches Organisationstalent allgemeine Anerkennung. Schreiber dieser Zeilen wüßte nicht, daß ihm irgendeine Veranstaltung dieser Art mißlungen sei. Jahre hindurch ferner war er der Schriftführer des kath. Akademikerverbandes, zuletzt nach dem Tode seines hochbegabten Freundes Sanitätsrates Dr. Clemens Riemann der Vorsitzende, die ganze Zeit aber war er die Seele des Vereins, der die eigentliche Arbeit leistete. Aehnliches ist zu sagen vom Albertus-Magnus-Verein, über dessen Reorganisation er gestorben ist. Weil er ein Mann von so klarem Urteil war, die Zeiterscheinungen auch des öffentlichen Lebens mit großer Sicherheit beurteilte und über eine nicht gewöhnliche Gabe der Beredsamkeit verfügte, so konnte es nicht ausbleiben, daß er ein gern gehörter Redner war. In vielen Städten und Dörfern des Münsterlandes hat er vor dem Kriege und besonders auch noch während des Krieges auf Volksvereinsversammlungen, namentlich über Schulfragen gesprochen, wobei es es verstand, seine Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln. Wenn er dann ferner noch Zeit fand zu Erbauungsvorträgen in Schwesterhäusern, zur Abhaltung von Exerzitien, zu Vorträgen im Arbeiterverein und in anderen Standesvereinen, wenn man ferner denkt an seine Tätigkeit in der praktischen Seelsorge, wenn man erwägt, wie viele in dem Hause des Professors Mönchemeier ein- und ausgingen, um sich Rat zu holen, Unterstützung oder Trost zu finden, so fragt man sich staunend: Wie war es möglich, eine solche Arbeit zu bewältigen? Die Antwort ist gegeben mit dem Hinweis auf seine eiserne Gesundheit, die er bis vor wenigen Jahren besaß, seine leichte Auffassungsgabe und große Arbeitsausdauer, aber auch darauf, daß er keine Schonung kannte. Ihm war niemals etwas zu viel, und gerade dieser Umstand ist ihm wohl zum Verhängnis geworden.

Trauernd stehen weite Kreise an seiner Bahre, besonders seine Konfratres und Amtsgenossen und alle, die ihm näher getreten sind. Sie alle wünschen ihm von Herzen: Requiescat in pace sancta.

S.

Festabend des V. D. A. im Schützenhof.

Es bedarf in diesen Tagen, da wir täglich von der Unterdrückung der deutschen Minderheiten im Auslande hören und lesen, keiner besonderen Begründung, für den Gedanken des Auslanddeutschtums zu werben. Es bedarf keiner besonderen Begründung, stärker und eindringlicher an das Gewissen unserer Volksgenossen zu appellieren, die Pionierarbeit der Auslanddeutschen zu unterstützen. Darum hat eine Gesellschaft wie der Verein für das Deutschtum im Auslande moralischen Anspruch auf tatkräftige Hilfe aus allen deutschen Volkskreisen, denn er greift mit seinen Mitteln ein, wo deutsche Kultur und deutsches Volksgut bedroht sind. Man könnte mit Recht sagen: Bestünde ein solcher Verein, noch nicht (aber, wie gut, daß er schon fünfzig Jahre besteht!), so müßte er gegründet werden, denn nur auf diese Weise ist es möglich, den redlichen guten Unterstützungswillen vieler Deutscher zusammenzufassen und in einheitlicher Richtung kraftvoll einzusetzen; nur so ist es möglich, die Scherflein zu sammeln und mit ihnen, wenn sie ein Talent geworden sind, für die gute Sache zu wuchern.

*

Wenn darum der V. D. A. zu einem Festabend im Schützenhof geladen hatte, so durfte man sicher sein, daß diese freundliche Aufforderung nicht ungehört verhallen würde. Die Räumlichkeiten waren bereits zu Beginn des Festabends gegen 7 Uhr gut besetzt und wurden im Laufe des Abends schier überfüllt. Es zeigte sich, daß die Münsteraner guten Willens sind, die Sache des V. D. A. zur ihrigen zu machen. Leider mußte der Festakt, der kurz nach 8 Uhr mit zwei Chorvorträgen des Münsterschen Männergesangvereins unter der bewährten Leitung des Herrn Grein eröffnet wurde, unter der Unruhe im Saale leiden. In seiner Begrüßungsrede schilderte der erste Vorsitzende der Münsterischen Ortsgruppe und zweite Vorsitzende des Landesverbandes Univ.-Prof. Dr. Keller die Not der Auslanddeutschen und bat, die Pionierarbeit des V. D. A. zu unterstützen. Dann sprach ein Primaner wirkungsvoll folgenden von Studienrat Dr. Ewald Reinhard verfaßten

Prolog.

Stimmen hör' ich klagend gehen
Um der Grenzen leichten Wall,
Stimmen der verlornen Brüder
Und der fernen Freunde alle;
Irre Töne, die da wandern,
Leise werbend suchen sie
Die geschwisterlichen Klänge
In der großen Harmonie.

Scheltet nicht das Lied verworren,
Weil es kraus zusammenklingt,
Wißt ihr nicht, daß auf den Feldern
Mit der Grill' die Lerche singt!
Köstlich, wenn in neuem Wohlklang
Das Getrennte sich gelöst
Und das Lied ein Stillverstehen
Auch in fremde Herzen flößt.

Ihr in Böheim, ihr in Ungarn,
Ihr am fernen Wolgastrand,
Ihr im Westen über'm Meere
Und am wüsten Steppenrand,
Alle, die ihr unsre Sprache
Von den Vätern einst ererbt,
Wollt auch künftig sie erhalten
Unverkürzt und unverderbt!

Dann wird endlich sich gestalten
Deutscher Sang zum mächt'gen Chor,
Und die fremden Völker lauschen,
Achtung zeigend, rings empor.
Deutsche Klänge, hoch in Ehren,
Kündet es der fernsten Zeit,
Daß Alldeutschland sich geschworen
Treue für die Ewigkeit.

*

Die Festansprache hatte Univ.-Professor Dr. Meinertz übernommen. In kluger und überzeugender Rede legte er die Notwendigkeit einer tatkräftigen Unterstützung der Auslanddeutschen dar. Er schilderte zunächst das Auslanddeutschtum als Erlebnis der notvollen Nachkriegszeit. Gemeinsame Not schließt besser zusammen als Freude, gemeinsame Not löst tiefe ethische Gedanken aus. Wir verspüren jetzt am eigenen Leibe, was die Auslanddeutschen zu leiden haben. Sie sind nicht ein kleiner, abgesprengter Bruchteil des Volkes. Neben den 60 Millionen innerhalb des Reiches gibt es 40 Millionen außerhalb unserer Grenzen. Prof. Meinertz sprach sodann von einzelnen deutschen Siedlungen in Ausland, wobei er besonders auf die Kultur der Sachsen in Siebenbürgen, die seit dem Mittelalter dort ansässig sind, und der Schwaben im Banat zu sprechen kam. Er konnte hier aus eigener Anschauung die Anhänglichkeit dieser Auslanddeutschen an das alte Vaterland schildern. (Wir erinnern daran, daß der M. A. vor einigen Monaten einen Reisebericht des Redners veröffentlichen konnte. D. Red.) Wie können wir hier die seelische und materielle Not, die fast überall unter den Auslanddeutschen herrscht, lindern? Prof. Meinertz zeigte die Wege zu einer fruchtbaren Arbeit. Wir sollen an die Auslanddeutschen denken und das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken. Wir sollen durch Presse und Buch die Verbindung aufrechterhalten. Die Wissenschaft kann helfen, indem sie sich der Frage des Minderheitenrechtes annimmt. Wir können die Söhne und Töchter der Auslanddeutschen, die zum Studium in die deutsche Heimat kommen, freundlich aufnehmen. Wir müssen den V. D. A. unterstützen, denn er müht sich in besonderer Weise, die deutsche Kultur im Ausland zu fördern. Nachdem Prof. Meinertz noch darauf hingewiesen hatte, daß auch wir Reichsdeutsche bei der Beschäftigung mit dieser Frage reichen Gewinn erhalten können, betonte er den ethisch-sittlichen Gedanken, der vom Auslanddeutschtum ausgeht. Er schloß mit den Worten des Völkerapostels: „Wer aber für die Seinen und zumal für seine Hausgenossen keine Sorge trägt, der ist schlimmer als ein Ungläubiger." Die ausgezeichneten Darlegungen des Redners, der sich trotz größter Unruhe die Aufmerksamkeit eines großen Teils der Gäste erobern konnte, wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Wir behalten uns vor, auf die Ausführungen noch zurückzukommen. Zum Schluß des Festaktes sang die Versammlung stehend den ersten Vers der Nationalhymne.

*

Dann folgte nicht der bessere, wohl aber der heitere Teil. Die Münsteraner sind auf dem Posten, wenn es gilt, mit Fröhlichkeit eine gute Sache zu fördern. Es wurde vergnügt und gemütlich. Der Vorstand des V. D. A. hatte den Festabend vorzüglich arrangiert, denn der prächtig mit Fahnen geschmückte Saal stimmte zu gelassener Heiterkeit. Es gab Erfrischungsbuden in dezenter Aufmachung, es gab eine unzählbare Schar hübscher Mädchen, die mit bewundernswerter Ausdauer ihre Blumen, ihr Fruchteis, ihre gewinnbringenden Lose, ihren Kaffee, ihren Tee, ihren Kuchen, ihren Sekt und was es sonst noch für schöne und begehrliche Dinge gibt, anboten — indem sie also mit bezaubernder Liebenswürdigkeit diese Schlemmereien offerierten, sammelten sie um so leichter die Scherflein. Mit unermüdlicher Ausdauer schwang die Jugend das Tanzbein. Es gab Überraschungen in Hülle und Fülle. Auf der Kleinkunstbühne betätigten sich unter der Regie des wackeren Ludwig Pötsch verschiedene Mitglieder unseres Theaters. Hiltraut Rosenfeld und Kurt Naue konnten durch ihre Tanzdarbietungen mehrfach ein großes Publikum fesseln. Die mit Eifer und Liebe aufgebaute Tombola fand regen Zuspruch, und manches glückliche Gewinner zog „mit Schätzen reich beladen" nach Hause. Auch die Englandfahrt und die Tirol-Flüge waren bald den von Fortuna besonders begünstigten Gästen in den Schoß gefallen. Die Lose waren bereits so früh ausverkauft daß die Nachfrage nicht voll und ganz befriedigt werden konnte. Um den lauten Ausrufer am Glücksrad scharten sich dicht gedrängt Hoffnungsselige. Die echte Münstersche Tiroler-Gruppe sang zu Zither- und Lautenklang lustige Heimatlieder worüber sich leider nur die nächsten Umstehenden freuen konnten, während die lauten Jodler auch den Lärm des Saales durchdrangen. Karl Wagenfeld, unser Heimatdichter, verzapfte hinter der ländlichen Wirtshaustheke gläserweise „Geist".

Bilanz: ein vergnüglicher Abend, dem hoffentlich der finanzielle Erfolg nicht versagt geblieben ist. #

Die Münstersche Jugend für das Deutschtum im Ausland.

Die höheren Schulen der Stadt hatten sich anläßlich des Werbetages für die deutsche Sache zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die am Sonntagnachmittag eine große, sehr stark besuchte Festversammlung im Schützenhof veranstaltete. Musikvorträge des für den Tag zusammengestellten Gesamtorchesters leiteten die Feier ein. In geordnetem Zuge, mit den Wimpeln voran, zogen die Schulgruppen des V. D. A. unter Führung des Trommler- und Pfeiferkorps ein und nahmen auf der Bühne Stellung. Der Primaner Hindrichs sprach den bereits an anderer Stelle abgedruckten Prolog. Oberstudiendirektor Uppenkamp, der Vorsitzende der Schulgruppe des Landesverbandes Westfalen-Nord des V. D. A., sprach in seiner Begrüßungsrede zunächst den liebenswürdigen Wirtinnen des Festes herzlichen Dank für ihre Arbeit aus. Er würdigte dann in kurzen, markanten Ausführungen die Notwendigkeit und Bedeutung der Arbeit und Teilnahme aller Deutschen für das Deutschtum im Auslande, für die Erhaltung deutscher Kultur und deutschen Volkstums, namentlich in den bedrängten und gefährdeten Gebieten, wie z. B. im Saargebiet und Tirol. Die Fürsorge für die Auslanddeutschen muß eine Volksbewegung im besten Sinne werden, die alle Deutschen erfaßt, nicht zuletzt die Jugend. Die Rede, begeistert aufgenommen von der zu Tausenden versammelten Jugend, schloß mit einem Treuegelöbnis und Hoch auf das Vaterland.

Als das Deutschlandlied dann verklungen war, begann der bunte Reigen der Darbietungen, zu dem die Schüler in edlem Wetteifer beisteuerten, musikalisch das große Orchester, in dem das Paulinum dominierte, ferner mit Chorliedern, Volksliedern und Volkstänzen. Paulinum, Annette von Droste-Schule, Frhr. v. Stein-Schule. Daß die feine Wirkung manchen musikalischen Vortrags in dem großen Raum und Gewirr verloren ging, ließ sich nicht verhüten. Die Wirkung war trotzdem gut, und der Beifall herzlich lebhaft. Das letztere gilt besonders von den turnerischen Darbietungen und Leistungen am Barren (Städtisches Gymnasium) und Reck (Paulinum), die mit Recht alle Anerkennung verdienen. Die „Kleinkunstbühne" im kleinen Saal bot das famose „Spiel vom tapferen Schneiderlein", das Schüler des Schillergymnasiums aufführten (fast erdrückt vom Publikum). Schülerinnen der Annette von Droste-Schule spielten entzückend mit Sprechchor und Plastik Szenen aus dem „Struwelpeter". Der „Suppenkaspar" war einfach großartig gestellt. So verlief die Festveranstaltung, deren Pausen (die es eigentlich nicht gab) das brave Orchester unermüdlich ausfüllte, in anregender und schöner Weise. Sie zeugte von tätiger Teilnahme der Jugend an der großen Sache des Auslanddeutschtums, die das Auslandsdeutschtum in allen seinen Gliedern von jeher in Glück und Unglück dem großen Stammesvolke entgegengebracht hat. Ihren beredtesten Ausdruck aber muß diese Anteilnahme finden in einem vollen Hörsaal für Professor Hefty. Daß das Echo dieser „Tat" nicht nur im Zipfer Deutschtum vernehmlich herz- und willenstärkend erklingen wird, dafür bürgt die Persönlichkeit des Vortragenden.

Dr. M.

Das Werden des Flügels.

Vor einem großen Kreise interessierter Besucher sand Freitag abend in der Aula des Städtischen Realgymnasiums das vom Musikhaus Heck u. Schlichting veranstaltete „Filmkonzert" statt. Eingeleitet wurde die sehr ansprechende und wohldurchdachte Veranstaltung durch einen Vortrag von G. Zaengel über das Thema: Vom Werden des Flügels. Der Redner führte etwa folgendes aus: Der Flügel in der heute bestehenden Form und Vollendung stellt eine Arbeit von fast zweihundert Jahren dar. Vor dieser Zeit, nämlich vor etwa 1700, bestanden zwar schon ähnliche Musikinstrumente, deren Saiten gezupft und geschlagen wurden: das Klavichord und das Klavizimbel. Die Durchbildung dieser Instrumente zu dem eigentlichen Vorfahren unseres heutigen Flügels, zum sogenannten Hammerklavier, wurde erst im Jahre 1711 von dem Paduesen Cristofori vorgenommen. Wesentliche Verbesserungen schufen später die Deutschen Silbermann und Stein. Die volkstümliche Verbreitung errang sich das neue Instrument aber erst, nachdem zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts durch Bechstein eine Normierung der Fabrikation erfolgte, wodurch der lästige Übelstand beseitigt wurde, daß jeder Spieler nur auf dem Instrument zu spielen vermochte, auf dem er ausgebildet worden war.

Der Bau des Flügels setzt ein reiches Maß an theoretischen Einsichten in die physikalischen Verhältnisse der schwingenden Materie, zudem ein nicht minder reiches Maß an praktischen Erfahrungen voraus. Was alles bei seiner Herstellung berücksichtigt werden muß und wie er im einzelnen zustande kommt, das zeigte in sehr anschaulicher und fesselnder Weise der von den Hannoverschen Döring-Filmwerken gedrehte Bechstein-Kulturfilm: Vom Werden des Flügels. Dieser Film ist ein bemerkenswertes Vorbild, wie Propagandafilme sein sollen, zugleich ein überzeugendes Beispiel dafür, was die moderne Aufnahmetechnik zu leisten vermag, zugleich auch ein wundervoller Einblick in modernes technisches Schaffen. Die Bilderfolge ist gegliedert in drei Teile. Im ersten Teil wird mit Hilfe prachtvoller Trickaufnahmen das Wesentlichste aus der Ton- und Schwingungslehre herausgearbeitet. Vor allem ist den wichtigen Problemen der Resonnanz eine Reihe von Szenen gewidmet. Es folgt dann die Darstellung aller Voraussetzungen, die beim Flügelbau an das zu verwendende Holz gestellt werden müssen, es wird bekanntgemacht mit den modernen technischen Vorrichtungen zur Lagerung, Trocknung und Bearbeitung der verschiedensten Holzarten und ein Hinweis gegeben auf die Bedeutung der seriellen Fabrikation. Im weiteren nimmt der Zuschauer teil an dem Entstehen des Flügels selbst vom rohen Holz bis zum klangbeseelten Kunstwerk. Dabei werden ihm in zwangloser Weise Einblicke in die heutige Werkstättenarbeit vermittelt, wie sie ihm ein persönlicher Gang durch die Fabrik nicht besser verschaffen könnte. Der dritte Teil des Filmes erzählt im besonderen von der Besaitung des fertigen Flügels und den mannigfaltigen Prüfmethoden, denen er unterzogen wird, um seine Eigenschaften hinsichtlich Lautstärke, Klangreinheit usw. festzustellen. — Die Darbietung der interessanten Bilderfolge fand bei allen Besuchern den lebhaftesten Beifall.

Den Abschluß des Abends bildete die musikalische Wiedergabe von Schumanns Symphonischen Etüden, Chopins Nocturne und Liszts Phantasie Don Juan durch den jungen münsterischen Pianisten Werner Greve, der mit einer recht ansprechenden Technik, aber einem noch nicht ganz stilsicheren Ausdrucksvermögen einen herzlichen Erfolg zu erringen vermochte.

Kirchliches.

Der nächste Eucharistische Kongreß.

Wie berichtet wird, sind jenseits des Ozeans bereits große Vorbereitungen im Gange für den 29. Internationalen Eucharistischen Kongreß, der vom 6. bis 9. September 1928 in Sidney, Neu-Südwales, stattfinden soll. Die Hierarchie von Australien und Neu-Seeland hat in Hirtenbriefen die Gläubigen aufgefordert alle Kräfte daran zu setzen, um diesen Kongreß dem Chicagoer ebenbürtig zu gestalten, wenn auch nicht in äußerlicher Pracht, so in Gläubigkeit und innerer Begeisterung. Diözesanvereine sind gegründet worden und arbeiten in fieberhaftem Eifer. Sidney, die Hauptstadt von Neu-Süd-Wales, verheißt durch ihre Fülle an Naturschönheiten und Begünstigungen seiner Lage an der Ostküste des Erdteils, zum Gelingen des Festes beizutragen. Das Klima ist mild und gemäßigt, der tiefe wundervolle Hafen bietet eine 12 Meilen breite Küste. Eine der reizvollsten Nummern der festlichen Veranstaltungen wird ein Wasserprunkzug sein, der unter Führung des päpstlichen Delegaten und der Mitglieder der Hierarchie das Hl. Sakrament von dem Hauptquartier in Manly auer durch den Hafen auf Booten nach der Hl.-Marien-Kathedrale bringen wird. Diese Hafenprozession wird ein einzig dastehendes Ereignis in der Geschichte Sidneys bilden, da bisher das Hl. Sakrament noch niemals öffentlich durch die Straßen der Stadt getragen worden ist. Das Abzeichen des Kongresses ist in Form einer Bischofsmütze gewählt, Kreuz und Kelch zeigend und die Inschrift: „Eucharistischer Kongreß, Sidney, September 1928". Erzbischof Kelly von Sidney, der die Vorbereitungen leitet, hat auf seine Einladungen Zusagen von Kardinal Ceretti, dem ehemalen ersten apostolischen Delegaten von Australien, von den Kardinälen O'Connell, Dougherty und Hayes erhalten, sowie von zahlreichen amerikanischen, kanadischen und europäischen Kirchenfürsten. Kardinal Gasparri hat ihn und alle seine Mitarbeiter an dem großen Ereignis im Namen des Papstes beglückwünscht und versichert, daß rechtzeitig ein päpstlicher Legat ernannt werden wird. Der Wunsch der Australier ist, es möge dies Kardinal Ceretti sein. Die Hl.-Marien-Kathedrale in Sidney ist, wie bekannt, noch im Bau begriffen, doch hat Erzbischof Kelly versprochen, daß sie im April 1928 beendet sein wird. 200 000 Gäste werden erwartet. Erzbischof Dubig von Brisbane, der, wie erinnerlich, einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der australischen Delegation auf dem Eucharistischen Kongreß in Chicago war, sprach in einer kürzlich gehaltenen Ansprache die Überzeugung aus, daß dieser Kongreß die freundschaftlichen Beziehungen und materiellen Interessen zwischen Australien und der andern katholischen Welt stärken und festigen werde.

Handel und Volkswirtschaft.

Die amtliche Großhandelsinderziffer.

In **Berlin**, 5. Nov. (Tel.) Die auf den Stichtag des 2. November errechnete Großhandelsinderziffer des Statistischen Reichsamtes war mit 139,3 gegenüber der Vorwoche (139,4) nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen hat die Inderziffer für Agrarstoffe um 0,2 v. H. auf 135,5 (135,8) nachgegeben. Die Inderziffer für Kolonialwaren hat um 0,2 v. H. auf 132,8 (132,5) angezogen. Die Inderziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren war mit 134,0 (133,9) fast unverändert, diejenige der industriellen Fertigwaren lag mit 154,0 auf der gleichen Höhe wie in der Vorwoche.

Im Monatsdurchschnitt Oktober stellte sich die Gesamtinderziffer auf 139,8 gegenüber 139,7 im Durchschnitt September. Von den Hauptgruppen ist die Inderziffer der Agrarstoffe um 0,9 v. H. auf 137,7 (138,9) zurückgegangen. Die Inderziffer der Kolonialwaren ist um 0,9 v. H. auf 131,4 (130,2) gestiegen. Die Inderziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren stellte sich fast unverändert auf 134,0 (134,1), während diejenige der industriellen Fertigwaren mit 152,9 (150,7) eine Steigerung um 1,5 v. H. erfahren hat.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	5. 11.	4. 11.		5. 11.	4. 11.
Weizen Dez.	126¼	124	Hafer Dez.	48⅛	48¼
„ März	129¼	127⅞	„ März	49⅜	48¼
„ Mai	132⅛	130¼	„ Mai	50⅜	50¼
Mais Dez.	83⅜	82⅞	Roggen Dez.	99½	101⅜
„ März	87⅞	86⅝	„ März	102	98⅝
„ Mai	90⅛	89⅜	„ Mai	103⅜	102½
New-York	5. 11.	4. 11.		5. 11.	4. 11.
Weizen Domestic Sept.	128	—	Weizen Bonded Okt.	—	—
„ Dez.	—	125½	„ Dez.	—	—

Locopreise.

Chicago	5. 11.	4. 11.	New-York	5. 11.	4. 11.
Weizen			Weizen		
Rot. Som.Wint. Nr. 2	—	—	Manito